Abschließende Beratung:

In der Bibliothek kann man nicht übernachten - Ausbau und Sanierung der Studierendenwohnheime jetzt anpacken - günstigen Wohnraum sichern!
- Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/3908 -
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 16/4064

Dr. Silke Lesemann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Studierendenhoch durch den doppelten Abiturjahrgang und das Aussetzen der Wehrpflicht stellt Hochschulen und Studentenwerke vor große Herausforderungen. Noch nie waren so viele Erstsemester und so viele Studierende insgesamt an unseren Hochschulen präsent. Die Berichterstattungen beispielsweise im NDR über die Erstsemesterbegrüßung an der Uni Hannover und in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* zeigen, wie groß der Andrang ist und wie voll unsere Hochschulen sind. Und das war vorhersehbar!

Damit die Studierenden erfolgreich aus dem Studium hervorgehen können, brauchen sie nicht allein gute Lehr- und Studierbedingungen. Sie benötigen parallel dazu eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, damit ihnen das Studieren auch gelingt. Hierfür stehen die Studentenwerke als moderne Sozialunternehmen, in denen das Wohl der Studierenden an erster Stelle steht und nicht der Profit.

Meine Damen und Herren, die Anforderungen an die soziale Infrastruktur sind gewachsen. Beratungsleistungen, finanzielle Dienstleistungen, Kinderbetreuung, kulturelle Angebote sowie Versorgung durch Mensen, Cafeterien und Wohnheime - das und noch einiges mehr gehört zum Leistungsspektrum der niedersächsischen Studentenwerke. Aus diesen Entwicklungen erwachsen Verantwortlichkeiten für die Bundesländer. Allerdings machten die Finanzhilfen der Länder zum laufenden Betrieb mit 140,6 Millionen Euro im Jahr 2010 nur noch 10,3 % der Gesamteinnahmen der Studentenwerke aus. Anfang der 90er-Jahre waren es noch mehr als 24 %. Anstatt sich aus der sozialen Verantwortung für ihre Studierenden immer mehr zurückzuziehen, müssten alle Länder das Gegenteil tun und parallel zum Ausbau der Studienplätze auch in die Studentenwerke noch deutlicher investieren.

Die SPD-Fraktion hat deshalb bereits 2008 einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Stärkung der niedersächsischen Studentenwerke zum Ziel hatte.
Wir hätten schon weiter sein können, wenn die Regierungskoalition aus CDU und FDP unsere Forderungen damals aufgenommen hätte. Die Zahl der Studierenden, die auf einen Wohnheimplatz warten, hätte bedeutend geringer sein können. Diesen Vorwurf muss sich die Regierungskoalition gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin hatte unser Antrag - das soll auch gesagt werden - die Aufstockung der Finanzhilfe für die Studentenwerke seit 2009 um 500 000 Euro jährlich zur Folge. Das ist der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb war für uns klar: Das Thema muss auf der Tagesordnung bleiben.

30 % Aufwuchs an Studienplätzen und darüber hinaus veränderte Anforderungen an die Studentenwerke erfordern eine Überprüfung des Finanzbedarfs, wie sie in der Finanzhilfevereinbarung vorgesehen ist.

Überdies besteht bei vielen der Studentenwohnheime aus den 60er- und 70er- und auch aus den 80er-Jahren ein Sanierungsstau.

Gleichzeitig ist es politisch gewollt und notwendig, mehr Studierende an die Hochschulen zu ziehen.

Notwendig und gewollt ist auch eine Internationalisierung der Studierendenschaft. Die ausländischen Studenten haben allerdings besondere Probleme, auf den privaten Wohnungsmarkt zu kommen. Sie sind vielfach auf die Studentenwohnheime angewiesen - aus finanziellen Gründen und auch, weil sie dort diskriminierungsfrei einen Wohnplatz finden können.

Wenn nun Niedersachsen für Studierende attraktiver werden soll, muss die soziale Infrastruktur mit den Anforderungen Schritt halten. Außerdem ist es mit der Planung des Abiturs nach Klasse 12 schon länger bekannt, dass es zu einem Ansturm auf die Wohnheimplätze kommen würde. Unterstützung bei dem notwendigen Ausbau und der notwendigen Sanierung von Wohnheimen fehlt.

Der Platzmangel an bezahlbaren und auf studentische Bedarfe zugeschnittenen Wohnungen lässt sich nicht von heute auf morgen beheben. Deswegen hätten wir gestern schon beginnen müssen. Unser Antrag nennt Lösungswege, die es zu prüfen lohnt.

Wir begrüßen ausdrücklich die Ankündigung, mit der Frau Ministerin Wanka Unterstützung für die Studentenwerke in Aussicht gestellt hat.

(Victor Perli [LINKE]: Wie von uns beantragt!)

Jeweils 3 Millionen Euro in den kommenden Jahren sollen es sein. Besser spät als nie! Es kommt aber eben doch zu spät, um die angespannte Lage bei den sanierungsbedürftigen Studentenwohnheimen zu lösen. Allein für die dringend notwendigen Sanierungen in Göttingen, Hannover und Braunschweig fehlen über 100 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wir werden das Thema weiterhin aufmerksam begleiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)